



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/VI/115

22. Mai 1951.

Hinweise
auf den Inhalt:

Geschäfte mit der Freiheit	S. 1
Enver Hodscha auf russischen Bajonetten	S. 3
Der deutsche Schulwirrwarr	S. 4
Ernst Wollweber	S. 6

Abrechnung mit Stahl- und Rüstungsmugglern

W.B. Berlin, im Mai.

Skrupellose Geschäftemacher waren drauf und dran, Berlin den Ruf eines "Shanghai des Rüstungsschmuggels" zu verschaffen. Allein an Stahl sollen im Laufe eines Jahres 50.000 Tonnen, die angeblich für Berlin bestimmt waren, in die Sowjetzone geflossen sein - der grösste Teil davon gelangte gar nicht erst in die Westsektoren, sondern wurde schon auf der Autobahn "abgezweigt". Geschäfte mit wertvollen Engpassmaterialien und strategischen Fertigprodukten sind in beträchtlichem Masse über Berlin abgewickelt worden.

Die Berliner haben nicht erst die Ankunft jener Sondereinheit der amerikanischen MP abgewartet, die für eine verschärfte Kontrolle der Sektoren- und Zonengrenze zu sorgen haben wird. Sie sind selbst aktiv geworden, um dem gefährlichen Treiben ein Ende zu bereiten. Im Berliner Abgeordnetenhaus hat mit den Stahl- und Rüstungsschmugglern vor wenigen Tagen eine rücksichtslose Abrechnung stattgefunden. Es wurde festgestellt, dass Geschäft keineswegs immer nur Geschäft ist, sondern auch ganz simpler Verrat sein kann. Illegale Ortsgeschäfte sind kein Kavaliersdelikt, sondern erstens Sabotage am legalen Interzonenhandel und zweitens Hilfeleistung für die sowjetische Kriegsmaschine. Das ist nichts anderes als das Delikt des

Landes- und Freiheitsverrats.

In Berlin haben sich Gottseidank auch Richter gefunden, die die Dinge beim richtigen Namen nannten. Einer der Mitspieler im internationalen Haselgruber-Ring, der im Laufe weniger Monate für 2.25 Mio. DM Spezialstahl an die sowjetische Derutra verschoben hatte, wurde zu anderhalb Jahren Gefängnis verurteilt. Acht weitere Prozesse stehen an. Der Berliner Senat hat die Kontrollen verschärft, und insbesondere auch ein System entwickelt, durch das festgestellt wird, ob für Berlin deklarierte Waren aus dem Westen tatsächlich ihren Bestimmungsort erreichen.

Festgestellt werden muss aber auch auf diesem Gebiet wieder ein weitgehendes Versagen der Bundesregierung. Sie hat trotz mehrfacher Aufforderungen wenig getan, um der konzentrierten Macht des Ostens eine zentrale Lenkung und politische Kontrolle des Interzonenhandels entgegenzustellen. Sie hat bis in die letzten Tage keine klare Sprache gegen die verantwortungslosen Geschäftemacher gefunden, die sich an Rhein und Ruhr noch mehr breit gemacht hatten als in Berlin. Sie hat kaum erkannt, in welchem Umfang der Osten das Interzonengeschäft zur Unterwühlung der Bundesrepublik, zur Abschirmung und Finanzierung von Spionage und Sabotage benutzt.

Stahlschmuggel und Rüstungsgeschäft sind eine ausgesprochen internationale Angelegenheit. Vieles, was bei uns dem Gebiet des illegalen Geschäfts zuzurechnen ist, wird von anderen Ländern des Westens auf dem Wege des Reexports nach dem Osten geschündigt. Die Berliner Erfahrung, aber nicht nur sie, zeigt ein intimes Zusammenspiel deutscher Geschäftemacher mit ausländischen Interessenten, manochmal auch mit Angestellten der alliierten Kontrollmächte. Eine nicht unbeachtliche Rolle spielen auch gewisse ausländische Firmen, die den staatsbürgerlichen Status ihrer Inhaber zu einer Art Exterritorialität ausnutzen möchten. Ihnen gegenüber muss ebenso wie gegenüber den Betroffenen deutscher Nationalität klargemacht werden, dass unser Volk nicht länger gewillt ist, sich mit den korrupten Machenschaften des illegalen Ostgeschäfts abzufinden. Denn es handelt sich doch schliesslich darum, dass aus der tiefen Not unseres Landes Profit geschlagen und mitgeholfen wird, jene Waffen zu schmieden, mit denen man die freie Welt unter das bolschewistische Joch zu zwingen sucht.

Berlin wünscht, in den legalen Interzonenhandel massgeblich einbezogen zu werden. Es wünscht, dass der ordnungsgemässe Handel mit dem Osten in möglichst starkem Masse über Berlin abgewickelt wird und dass den sowjetischen Verhandlern ernsthafte Zugeständnisse in der Frage der Verkehrsverbindungen zwischen Berlin und dem Westen abgerungen werden.

Aktivität in Albanien

M.B. Nach Berichten, die aus Albanien kommen, hat in den letzten Wochen der Handelsverkehr des Landes mit der USSR beträchtlich zugenommen - mindestens in einer Richtung vom Osten, vom Schwarzen Meer her, nach Westen. Im Hafen von Sazani, dessen inneres Gebiet für die Landeseinwohner verbotenes Territorium ist, sind sowjetische U-Boote eingelaufen. Seit Anfang März legen wöchentlich Sowjetkonvois in Valona an. Valona selbst steht unter Militärverwaltung, und die ganze albanische Küstenlinie ist durch Minenfelder abgesperrt, die von sowjetischen Schiffen gelegt wurden.

Diese rege Tätigkeit suggeriert natürlich die Möglichkeit eines von Moskau aus dirigierten Angriffes Albaniens auf Jugoslawien. Es ist aber bei weitem wahrscheinlicher, dass dahinter etwas anderes steckt, nämlich die Bemühung des Kreml, das Land fester in die Hand zu bekommen. Man weiss in Moskau sehr wohl, dass das albanische Puppenregime unter Enver Hodscha kein Stunde überleben würde, wenn die USSR es nicht mehr stützte.

Die Ladungen der russischen Konvois deuten ebenfalls darauf hin, dass es sich nicht um die Vorbereitung eines Angriffes handelt; denn es werden nur leichte militärische Ausrüstung, Kraftfahrzeuge, Nahrungsmittel - und in zunehmender Zahl MVD-Agenten ausgeladen. Bei der Rückfahrt nehmen die Schiffe dafür Kupfer, Chrom und Öl mit.

Es handelt sich also allem Anschein nach um die Konsolidierung der Stellung der USSR in Albanien, das als Stützpunkt im Mittelmeer und als Rohstoffbasis in einem etwaigen Krieg wichtig ist.

Die Notwendigkeit, das Regime Hodscha zu sichern, ist evident. Schätzungen des Volksteils, der hinter Hodscha steht, geben so niedrige Ziffern wie zwei Prozent. Aber auch wenn man vorsichtshalber diese Zahl als zu optimistisch betrachtet, wird man doch sicher sein können, dass die "Massenbasis", auf dem jedes diktatorische Regime angeblich ruht, praktisch nicht existiert.

Albanien ist, abgesehen von einigem, in den letzten Jahren besonders forcierten Bergbau, im wesentlichen ein agrarisches Land. Seine Hauptausfuhrstoffe sind Tabak, Holz, Wolle, Felle, Käse und

andere Molkereiprodukte. Die Bauern sind arm; das ganze Land ist arm; der Lebensstandard ist niedrig und die wirtschaftliche Existenz des Landes äusserst prekär, es balanciert auf einer dünnen Schneide, die Existenz und Nichtexistenz trennt. Der Bauer ist die Grundlage des Volkskörpers. Und der Bauer ist durch das herrschende System der Regierung und dem Regime vollständig entfremdet, nein: verfeindet. Durch rigores gehandhabte und viel zu hohe Ablieferungsziffern ist der Bauer praktisch zu einem Fronarbeiter des Staates geworden.

Die Höhe der Preise hat in den Städten weitgehend zur Ersetzung des Kaufverkehrs durch den Tausch geführt. Der Arbeiter verdient durchschnittlich 80 bis 150 leks täglich, nur die Bergarbeiter, deren Produkte, vor allem Metalle, von der Sowjetunion benötigt werden, steigen bis auf 250 leks. Ein Kilo Mais aber kostet 80-100 leks, also einen Tageslohn, ein Kilo Butter 700 leks. Für einen Männeranzug muss man 10.000 leks bezahlen, für ein Paar Lederschuhe 1.500-2.000. Wirklich dem Bedürfnis entsprechend kleiden können sich deshalb nur die Nutzniesser des Systems, die Angehörigen der Bürokratie und der Regierungspartei - und die Schieber. Unter solchen Umständen ist es kein Wunder, dass Hodscha und seine kleine kommunistische Partei sich nur durch militärische Rückendeckung der USSR und ein Heer von Polizisten, Spitzeln und zivilen Agenten der MVD am Ruder halten können.

+ + +

Um die Einheit der deutschen Schule

O.G. Der "Schulwirrwarr" in der Bundesrepublik ist während der letzten Monate in der Öffentlichkeit so häufig und oft auch so oberflächlich und schief behandelt worden, dass der Eindruck entstehen konnte, alle Vorschläge zur Vereinheitlichung des Schulwesens verstärkten nur noch das vielzitierte "Chaos". Die Erörterung dieses Problems auf die grundsätzlichen Voraussetzungen zurückgeführt zu haben, ist das Verdienst des diesjährigen Kongresses der Lehrer und Erzieher in Stuttgart.

Die in der Arbeitsgemeinschaft deutscher Lehrerverbände - als Trägerin dieses Kongresses - zusammengeschlossenen Organisation "Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)" und "Bayrischer Lehrerverein" umfassen die Mehrheit der deutschen Lehrer und sind deshalb berufen, ein gewichtiges Wort in der Auseinandersetzung um die Frage

"Einheit der deutschen Schule und Kulturautonomie der Länder" zu sprechen.

Die deutsche Lehrerschaft hat sich in Stuttgart getreu ihrer auf 1848 zurückgehenden Tradition erneut zur Einheit der deutschen Schule bekannt, zu einer Einheit, die sowohl Ländergrenzen wie Schranken zwischen den einzelnen Schularten als sekundär betrachtet. Dies bedingt die Erziehung zur Toleranz, nicht als platonische Beteuerung in der Präambel von Schulgesetzen, sondern als lebendiges Prinzip, das das gesamte Schulwesen, auch den Schulaufbau durchdringt. Gleichwertig neben diesem Ziel steht die Erziehung zum sozialen Menschen. In einer mit grosser Stimmenmehrheit angenommenen Entschliessung forderte der Kongress u.a.:

"Jedes deutsche Kind hat Anspruch auf Schulbildung, die ihm die beste Ausbildung seiner Kräfte und Fähigkeiten gewährleistet . . .

Dieser Grundsatz darf nicht dadurch bedroht werden, dass Klassenfrequenzen, Schulhäuser, Unterrichtsmittel, Lehr- und Lernmittelfreiheit und Erziehungsbeihilfen von Reichtum oder Armut und grösserer oder geringerer Kulturfreudigkeit eines Landes abhängen.

Aus dem gleichen Grunde darf eine Trennung der Kinder nach Konfession und Weltanschauung oder die Errichtung von Privatschulen nicht auf Kosten der Schulgliederung und damit der Leistungsfähigkeit erfolgen".

Besonders dringlich erscheint daneben die Vereinheitlichung der Lehrerbildung, die in allen Ländern vollgültig akademisch sein soll und der Ausbau des Berufsschulwesens.

Die deutsche Lehrerschaft tritt damit nachdrücklich allen Bestrebungen entgegen, die unter dem Deckmantel einer sogenannten "Vereinheitlichung" noch stärker als bisher restaurative Tendenzen im Schulwesen wirken lassen wollen. Der Schulgesetzentwurf des nordrhein-westfälischen Kabinetts, der das Schulwesen völlig konfessionalisieren und letztlich auch privatisieren möchte, macht diese gefährlichen Tendenzen besonders deutlich und erhält damit eine symptomatische Bedeutung, die weit über die Grenzen dieses einen Landes hinaus reicht. In einer weiteren, einstimmig gefassten Entschliessung hat sich der Kongress sachlich, aber entschieden und ohne weltanschauliche Kampffronten aufzureissen, gegen diesen Entwurf ausgesprochen.

Die in Stuttgart versammelten Lehrer und Erzieher waren sich

dabei jederzeit ihrer gesamtdeutschen Verantwortung bewusst. Hinter allen Beratungen stand der Schatten des uniformierten Schulsystems des östlichen Totalitarismus. Die Wahl Berlins als Tagungsort des nächsten Kongresses ist mehr als eine bloße Geste, sie umschliesst ein Programm. Auch das Schulwesen der Bundesrepublik muss kräftige Impulse in die Ostzone hinausstrahlen. Diese Forderung wird aber ein Echo nur finden können, wenn das Schulwesen der Bundesrepublik von wirklicher Demokratie erfüllt ist, sowohl in den Bildungszielen wie im Aufbau, und wenn überall Differenzierung im einzelnen die einheitlichen Grundlagen nicht vergessen werden. Jede Restaurierung des Schulwesens in einem Lande, wie eben in Nordrhein-Westfalen, gefährdet diese Aufgabe auf das schwerst

+ + +

Stalins Waffenschmuggler

(sp) Selbst abgebrühte Kommunisten sprechen im ostzonalen Verkehrsministerium den Namen des Staatssekretärs Wollweber nur flüsternd aus. Kommt das Gespräch auf die "Wollweber-Organisation", verstummt alles mit ostdeutschem Blick.

Der Name Wollweber fiel in einer Pressekonferenz, die MdB Wehner im Zusammenhang mit der Affäre "Mai-Rickmars" abhielt. Die Wollweber-Organisation ist überall, wo in den letzten Jahrzehnten kommunistische Waffen geschmuggelt wurden; eine der wirkungsvollsten Organisationen der Kominform.

Schiffe und Waffen sind die Spezialität des kleinen, kahlköpfigen Mannes mit der wuchtig vorspringenden Stirn. "Pfannkuchen uff Beene" nannte man den jungen stämmigen Bergmannssohn, als er 1918 als einer der Initiatoren des Matrosen-Aufstandes die Schaufel des Heizers hinter sich warf, die rote Fahne auf dem Kreuzer "Helgoland" hisste und an der Spitze der meuternden Matrosen in Kiel einzog. Das Selbstbewusstsein und die Skrupellosigkeit, die Wollweber in den preussischen Landtag brachten, kurz darauf zum Skandinavien-Fachmann der Komintern und zum Leiter einer internationalen Spionage-Organisation werden liessen, diese zwei Eigenschaften blieben Wollweber bis heute treu. Von Skandinavien bis Spanien inszenierte Wollweber Schiffs- und Hafentricks, organisierte die V. Kolonne in etlichen Ländern und führte jahrelang die Gestapo in Deutschland mit einer bewundernswerten Kaltblütigkeit an der Nase herum, bis er auf Befehl des Krong nach Dänemark übersiedelte und teils in Koskau, teils in Skandinavien den Krieg verbrachte, immer hinter dunklen Geschäften des Kremles her.

Auch als Wollweber 1950 Staatssekretär wurde, legte er den Hang zur Konspiration nicht ab. Immer wieder, wenn auf den ostzonalen Parteischulen Sabotage-Trupps ausgebildet wurden, schöpfte Wollweber aus seinen reichen Erfahrungen. Mit dem Korea-Krieg blühte auch der Waffenschmuggel dieses Mannes wieder auf, der, wie kaum ein zweiter, die internationale Untergründigkeit des Bolschewismus verkörpert.

Verantwortlich: i.V. Josef Schmidt